

Überschaubare Szene

Landratsamt geht von etwa zehn Personen aus – Beleidigungen

WEISSENBURG – Auch im Landkreis Weissenburg-Gunzenhausen gibt es „Reichsbürger“. Beim Landratsamt geht man von circa zehn Menschen aus, die dieser Gruppe zuzurechnen seien. Das Weissenburger Amtsgericht berichtet von mehreren Verfahren mit Anhängern dieser Szene. Nicht zuletzt Gerichtsvollzieher bekommen immer wieder Probleme mit den Reichsbürgern.

Seitdem ein 49-jähriger Reichsbürger in Georgensgmünd einen Polizisten erschossen und drei weitere verletzt hat, widmen sich Öffentlichkeit und Behörden der Frage, wie viele Reichsbürger es gibt und wie gefährlich sie sind. Erst gestern wurde ein Fall aus Forchheim bekannt. Ein Reichsbürger soll dort andere Menschen bedroht haben. Auch am Weissenburger Landratsamt hat man die einzelnen Referate abgefragt. Herausgekommen sind zehn Personen, die man wohl der Reichsbürgerszene zurechnen darf. Das Landratsamt prüft nun, ob auf diese Personen auch Waffen zugelassen sind. Ergebnisse habe man noch keine, heißt es in der Pressemitteilung.

Auch am Weissenburger Amtsgericht hat man immer wieder mit Anhängern der Reichsbürgerszene zu tun. „Das ist auch bei uns ein Problem“, stellt Richter Ludwig Strobl fest. Es sei kein Massenphänomen, aber die Tendenz sei zunehmend, sagt der Pressesprecher des Gerichts. Besonders Gerichtsvollzieher hätten immer wieder mit renitenten Reichsbürgern zu kämpfen. In diesem Jahr habe es in Heidenheim eine Räumung gegeben, die mit Polizeiunterstützung durchgesetzt werden musste. Dort waren gleich zehn bis 15 Unterstützer aufgelaufen, um gegen das Vorgehen der Behörden zu demonstrieren.

Mehrfach hat das Amtsgericht als Dienstherr bereits Anzeige wegen Beleidigung erstattet, weil immer wieder

Gerichtsvollzieher von Reichsbürgern angegangen werden. Hier dürfte es im kommenden Jahr eine Reihe von Verfahren geben, so Strobl. In diesem Jahr wurde vor dem Weissenburger Amtsgericht erst zweimal gegen Reichsbürger verhandelt, im Dezember steht ein drittes Verfahren an.

Der Fall ist ziemlich klassisch gelagert. Es geht um den Bürger einer Hahnenkammgemeinde, der sich einem Zwangsvollstreckungsverfahren gegenüber sah. Als der Mann die für ihn wenig erfreulichen behördlichen Bescheide bekam, drehte er den Spieß einfach um und schickte seinerseits amtlich klingende Schreiben an Bürgermeister, Gerichtsvollzieher, Richter und Justizangestellte. In den Schreiben wird eine „Beweissicherung zum Zwecke einer Strafanzeige mit Schadensersatzklage“ angekündigt.

Sand in das Behördengetriebe

Die Anklageschrift gehe den Justizangestellten dann nach Abschluss der Ermittlungen zu. Jede weitere Handlung in dieser Sache habe zu unterbleiben, ansonsten verdopple sich die Schadensersatzsumme, drohte der Reichsbürger. Das ist natürlich nicht nur ziemlicher Unsinn, sondern tatsächlich auch als Drohung strafbar.

Richter Strobl glaubt allerdings, dass nicht jeder, der solche Schreiben verschickt, ein glühender Reichsbürger ist. „Es gibt auch Leute, die auf dieser Welle reiten, weil sie darin eine Chance sehen, eine für sie unangenehme Sache aufzuhalten. Weil sie damit Sand ins Getriebe der Behörden streuen können.“ Aber auch die Überzeugungstäter gibt es.

Und nicht erst seit gestern. Schon 2006 verurteilte das Weissenburger Amtsgericht einen Reichsbürger zu einer Geldstrafe, weil er mit Ausweisungspapieren des „Deutschen Reichs“ hau-



Im Fokus: Seit dem tödlichen Vorfall in Georgensgmünd achten die Behörden nun bundesweit mit mehr Augenmerk als bisher auf die Reichsbürgerszene. In Altmühlfranken soll es etwa zehn Anhänger geben, schätzt das Landratsamt in Weissenburg.

sieren gegangen war. Seinen Führerschein hatte der „Polizeipräsident von Groß-Berlin“ ausgestellt.

Der heutige Weissenburger Oberbürgermeister Jürgen Schröppel, der damals als Richter am Amtsgericht war, fand das wenig erheiternd. „Das ist keine Gaudi wie ein Faschingsausweis, mit dem ich mich als Inspektor Clouseau ausbebe“, hielt er dem Angeklagten vor und ging in seinem Strafmaß sogar über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus.

Im Vergleich zu anderen Landkreisen scheint es keine überragend große Reichsbürgerszene im Landkreis zu geben. In Neumarkt sollen bis zu 80 Sympathisanten der Szene aktiv sein, und im Nachbarlandkreis Roth gibt es offenbar ebenfalls ein recht umtriebiges Netzwerk. **JAN STEPHAN**

Zum Thema

Die sogenannte Reichsbürgerbewegung ist ziemlich unübersichtlich; einig ist man sich vor allem darin, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht existiert oder zumindest nicht existieren dürfte. Dementsprechend verweigern sich überzeugte Anhänger den Regeln dieses Staates und den Anweisungen seiner Organe. Sie geben gerne ihre Führerscheine und Ausweisungspapiere ab, verweigern Polizei und anderen staatlichen Kontrolleuren den Zutritt zu ihrem Grundstück. Die Unrechtmäßigkeit erklärt man damit, dass das Deutsche Reich nach dem Zweiten Weltkrieg völkerrechtlich niemals aufgelöst wurde und dementsprechend bis

heute existiert. Sämtliche Regierungen der Bundesrepublik Deutschland seien unrechtmäßig gewesen, genauso wie die Gerichte, Steuern und alle Gesetze. Je nach Gruppierung innerhalb der Reichsbürgerbewegung fordert man ein Deutschland in den Grenzen von 1871, 1914 oder 1937. Es gibt eine Vielzahl selbst ernannter kommissarischer Reichsregierungen, die den Anspruch erheben, die korrekte Vertretung des Deutschen Volks darzustellen. Die Reichsbürgerbewegung hat eine gewissen Schnittmenge mit dem Rechtsextremismus, muss aber nicht mit ihm einhergehen. **-js-**